

1. Vorgaben zu CO²-Emissionen

Plant Ihre Partei für das Land Hessen, bezogen auf 2020, 2030, 2040, Vorgaben hinsichtlich der prozentualen Reduktion von Kohlendioxid zu machen? Welche weiteren Maßnahmen wird Ihre Partei durchsetzen wollen, um Hessens CO²-Emissionen entsprechend des Pariser Ziels zu begrenzen? Mit welchen Anreizen können Kreise und Gemeinden dazu gebracht werden, ihre jeweiligen Anteile zu erfüllen?

Hessische Alleingänge wie den Klimaschutzplan lehnen wir ab. Der Klimaschutzplan verteuert den Klimaschutz und führt wegen des Emissionshandels nicht zu einer Einsparung an CO₂. Damit verteuert er das Leben der Menschen und gefährdet Arbeitsplätze. Mit solcher planwirtschaftlichen Bevormundung nehmen wir uns die notwendige Offenheit für den technischen Fortschritt. Zudem sind gemeinsame europäische Klimaziele festgelegt. Das heißt, dass jede Tonne in Deutschland zusätzlich teuer gespartes CO₂ in anderen europäischen Ländern zusätzlich ausgestoßen werden kann. Alleingänge Hessens in der Klimapolitik sind also ökologisch wirkungslos.

2. Verkehr

Welche Regelungen zur Verkehrswende (weg vom Individualverkehr hin zum öffentlichen Personennahverkehr) wird Ihre Partei politisch fordern? Welche Maßnahmen sieht ihre Partei darüber hinaus vor, den CO₂- und Schadstoffausstoß des Sektors Verkehr in Hessen systematisch zu vermindern?

Konkrete Beispiele:

Gedenkt Ihre Partei, e-car-sharing zu fördern und wenn ja, wie?

Welche Techniken im Bereich der e-Mobilität wird Ihre Partei auf Landesebene fördern?

Wie sieht die zugehörige Infrastruktur aus und wie soll diese in der nächsten Legislaturperiode umgesetzt werden?

Wie hoch wird die Förderung von Konzepten wie dem Bürgerbus sein?

Wir werden keinem Bürger durch Regelungen vorschreiben, welche Form der Mobilität er nutzen soll. Diese Entscheidung obliegt dem mündigen Bürger in einer freien Gesellschaft selbst. Damit die freie Wahl besteht müssen sowohl die Straßen- als auch die ÖPNV-Infrastruktur entsprechend ausgebaut sein, um wettbewerbsfähig miteinander konkurrieren zu können. Hessen ist Transitland – auch im Schienenverkehr. Über die Hälfte aller ICE-Verbindungen der Deutschen Bahn verlaufen über hessische Bahnhöfe. Der Bahnknoten Frankfurt ist das Rückgrat des deutschen Fernverkehrs. Dabei ist hier das Schienennetz bereits heute stark überlastet. Die Prognosen sagen deutliche Zuwächse, insbesondere im Schienengüterverkehr, voraus. Verspätungen, Zugausfälle und völlig überfüllte Züge gehören zum Alltag von hunderttausenden Pendlern. Das liegt auch daran, dass sich S-Bahnen, Fernverkehr und Güterverkehr die bestehenden Gleise teilen müssen.

Wir werden die Deutsche Bahn AG als Planungsträger beim Ausbau der Schieneninfrastruktur unterstützen. Dabei müssen die betroffenen Städte und Gemeinden und ihre Bürger frühzeitig in die Planungen eingebunden werden. Der Lärmschutz ist besonders zu berücksichtigen. Im Zweifel sollte der Ausbau von Bestandsstrecken Vorrang vor der Inanspruchnahme neuer Trassen haben. Reisezeitenverkürzungen sollten nicht allein auf Basis der Ausbaustrecken, sondern im gesamten System betrachtet werden. Anschlussfähigkeit und Konnektivität sind für uns von ebenso großer Bedeutung. Eine einseitige Fixierung auf Maximalgeschwindigkeiten ist nicht zielführend. Wir streben die Stärkung der Regional- und S-Bahn-Verbindungen, auch über Ländergrenzen hinweg, an. Insbesondere die Großprojekte ICE-Neubaustrecke Frankfurt/Fulda und Frankfurt/Mannheim, der Bau der Nordmainischen S-Bahn, der viergleisige Ausbau zwischen Frankfurt und Friedberg sowie die Realisierung der Regionaltangente West sowie der Südtangente als Umgehung des Bahnknotens Frankfurt sind dringend erforderlich. Mit der Realisierung dieser Ausbaupläne werden zusätzliche Gleiskapazitäten geschaffen, so dass mehr Züge mit höherer Pünktlichkeit fahren können. Außerdem können dann bestehende Taktzeiten verdichtet werden. Langfristig braucht Frankfurt einen zweiten

S-Bahn-Tunnel in der Innenstadt oder den Ringschluss der S-Bahn im Süden Frankfurts, da die bestehende Route keine weitere Optimierung mehr bietet.

Neben einer Verkürzung der mittleren Fahrzeiten im Bahnverkehr zwischen Mittelhessen (über Gießen) und Frankfurt auf unter 40 Minuten ist eine Erhöhung der Zugtaktung mit nur einem Zwischenhalt in Friedberg bzw. eine Direktverbindung auf einen 30-Minuten-Takt – auch tagsüber – anzustreben.

Viele Pendler verbringen einen erheblichen Teil ihrer täglichen Zeit in Zügen und nehmen große Strecken auf dem Weg zur Arbeit in Kauf. Wir setzen uns deshalb für eine deutliche Verbesserung der Servicequalität im Regionalverkehr ein. Dazu gehören moderne Züge mit genügend Sitzplätzen, funktionierende Klimaanlage, WLAN-Verfügbarkeit und bessere Onlineangebote. Auf besonders stark frequentierten Regionalverkehrsstrecken (z. B. Main-Weser-Bahn von Frankfurt über Gießen nach Kassel und Kinzigtalbahn von Frankfurt nach Fulda) wollen wir Regio-Sprinter einsetzen, um Reisezeiten zu verkürzen. Um die Situation der Bahnpendler zu verbessern und Straßen zu entlasten, sollen die Park-and-ride-Parkplätze an den Bahnhöfen und Haltestellen ausgebaut werden. Ein attraktiver ÖPNV braucht eine attraktive Tarifstruktur. Wir streben die Fusion von RMV und Nordhessischen Verkehrsverbund an, mit dem Ziel Kosten zu senken, Bürokratie abzubauen und neue, nutzerfreundliche Tarifstrukturen zu schaffen.

Autonom gesteuerte Mikro-Busse als Teil des ÖPNVs sind vor allem für ländliche Regionen eine große Chance. Die technischen Voraussetzungen sind bereits weit fortgeschritten. Solche Busse könnten die Städte und Gemeinden in der Fläche deutlich günstiger erschließen und bedarfsgerechter auch in den Rand- und Abendstunden ihre Dienste anbieten. Zur Entwicklung solcher Angebote wollen wir gemeinsam mit den hessischen Verkehrsverbänden und dem „House of Logistics and Mobility“ (HOLM) entsprechende Pilotprojekte umsetzen.

Hessen soll zu den ersten Ländern gehören, in denen solche innovativen Mobilitätsangebote in den Regelverkehr gehen. Eine weitere Alternative zum kostenintensiven Nahverkehr nach Fahrplan ist ein nachfrageorientierter Verkehr, welcher auch durch Taxis von Tür zu Tür gewährleistet werden kann. Wir werden über eine Bundesratsinitiative eine grundlegende Reform des Personenbeförderungsrechts initiieren, um innovative Qualitätsangebote differenziert für Ballungs- und ländliche Räume flächendeckend zu ermöglichen.

Auch Elektromobilität und Brennstoffzellentechnologien wollen wir unterstützen. Vor allem im Ballungsraum, bei Zustell- und Kurzstrecken, sehen wir große Chancen. Elektromobilität ist dann klimafreundlich, wenn über den gesamten Zyklus der Fahrzeugproduktion und des Fahrens weniger Treibhausgase emittiert werden. Am Ende müssen aber die Verbraucher, nicht die Politik, entscheiden, welche Angebote für sie die richtigen sind. Da sind Kosten, Reichweiten, Praktikabilität im Alltag, Ladesäulenverfügbarkeit und Wiederverkaufswerte wichtige Dinge.

3. Energie-Effizienz

Welche landespolitischen Maßnahmen und Regelungen befürwortet Ihre Partei, um die Energie-Effizienz bei landeseigenen Bauten und darüber hinaus bei allen Gewerbe- und Wohnbauten in Hessen zu fördern?

Das Land hat in den letzten Jahren erhebliche Investitionen insbesondere in die CO₂-Effizienz seiner Gebäude geleistet. Wir sehen ansonsten sowohl die bestehenden Förderprogramme als auch die Vorschriften wie die ENEC als vollkommen ausreichend an.

4. Förderung der Nutzung erneuerbarer Energien

Welche Regelungen in der Hessischen Bauordnung befürwortet Ihre Partei, um zu erreichen, dass Wärme vermehrt klimaneutral erzeugt wird? Befürwortet Ihre Partei eine gesetzliche Pflicht, bei größeren Gewerbebauten den Einbau von Photovoltaik rechtlich zu verlangen.

Tritt Ihre Partei für ein Programm ein, mit dem energiesparende Geräte gefördert werden?

Was hält Ihre Partei von Sozialrabatten auf Stromtarifen?

Welche Maßnahmen will Ihre Partei für die vielen Windkraftanlagen in Hessen ergreifen, die ab Ende 2020 aus dem EEG laufen und nicht repowered werden dürfen, technisch in Ordnung sind, aber sich im „Markt“ nicht gegen Braunkohle- und Atomstrom behaupten können?

Wir Freie Demokraten werden keine gesetzlichen Pflichten für Eigentümer zur Nutzung bestimmter Technologien vorschreiben. Diese Fragen obliegen allein der Wirtschaftlichkeit und der Entscheidung des jeweiligen Eigentümers. Alles andere wären Eingriffe ins Eigentum, die nicht zu rechtfertigen sind. Sozialrabatte wären nicht notwendig, wenn wir nicht durch unsere verfehlte ideologiegetriebene Energiepolitik den Strompreis auf den zweithöchsten Wert in ganz Europa gehoben hätten. Windräder, deren EEG-Förderung ausläuft, müssen sich am Markt behaupten. Ansonsten sind sie zurückzubauen.

5. Landwirtschaft

Welche Regelungen schlägt Ihre Partei vor, damit die konventionelle Landwirtschaft umweltverträglicher wird, die industriell betriebene Massentierhaltung reduziert wird sowie der Anteil an lokal erzeugten Bio-Produkten ausgeweitet wird?

Die ökologische Landwirtschaft findet einen Markt, wenn der Verbraucher von der Qualität der Produkte überzeugt ist. Wir Freie Demokraten wollen wieder Fairness zwischen konventioneller und ökologischer Landwirtschaft schaffen und die einseitige Bevorzugung eines kleinen Teils der Landwirtschaft beenden. Der Verbraucher entscheidet allein darüber, welche Produkte er kaufen möchte. Einseitige Empfehlungen des Staates sollten daher unterlassen werden. Aufgabe des Staates ist es für die einwandfreie Qualität der Produkte zu sorgen. Zusätzlich wollen wir Freie Demokraten Vermarktungsnetzwerke für regionale Produkte – egal ob konventionell oder biologisch produziert – fördern, um unsere heimische Landwirtschaft zu stärken und regionale Wertschöpfungsketten zu schaffen.

6. Bodenschutz

Tritt Ihre Partei dafür ein, dass hochwertiger Ackerboden nur in extremen Ausnahmefällen für die Ansiedlung von Gewerben oder Wohnsiedlungen genutzt werden darf? Welche rechtlichen Regelungen verfolgt Ihre Partei insoweit?

Fläche ist nicht vermehrbar und deshalb ein hohes Gut. Unsere Gesellschaft beansprucht Flächen für Siedlung und Verkehr, Naturschutz, Energiegewinnung und industrielle Produktion. Die hierfür genutzten Flächen gehen für die landwirtschaftliche Produktion verloren. Die vielfältigen und widerstrebenden Nutzungsansprüche sollen mit einer effizienten Flächennutzung befriedigt werden.

7. Wasserschutz

Welche landespolitische Initiativen wird Ihre Partei verfolgen, um eine vierte Reinigungsstufe in hessischen Kläranlagen wirtschaftlich möglich zu machen, damit Reste von Medikamenten, Hormonen u.ä. Spurenstoffen abgefiltert werden können?

Welche Präventivmaßnahmen (z.B. Rückhaltesysteme in Krankenhäusern) hält Ihre Partei für sinnvoll?

Was will Ihre Partei tun, um die Nitratbelastung des Grundwassers zu reduzieren?

Wir unterstützen die Pilotprojekte für die vierte Reinigungsstufe. Wie die vierte Reinigungsstufe künftig landesweit ausgerollt werden kann, werden wir im Rahmen der Evaluierung der Pilotprojekte

prüfen. Alternativ halten wir Tests mit Reinigungssystemen im Umfeld der Hotspots, wie Krankenhäusern und Pflegeheimen für sinnvoll.

Wir setzen uns für eine praxisgerechte und unbürokratische Umsetzung des Düngerechts in Hessen ein. Eine bedarfs- und standortgerechte Nährstoffversorgung ist die Grundlage des nachhaltigen Pflanzenbaus. Wir werden die Landwirtschaft dabei unterstützen, die Nährstoffe so effizient wie möglich einzusetzen, ungewollte Verluste zu vermeiden und die Umwelt zu schonen. Dabei setzen wir vorrangig auf Beratung, Förderung von effizienzsteigernden Maßnahmen und freiwillige Kooperationen mit Wasserversorgern.

8. Zersiedelung und Flächenfraß

Mit welchen Maßnahmen und Regelungen will Ihre Partei die Zersiedelung der Landschaft und den Flächenfraß in Hessen (täglich 3,6 ha nach NABU-Erkenntnissen) stoppen? Welche Konzepte für die Stärkung ländlicher Strukturen verfolgt Ihre Partei?

Fläche ist nicht vermehrbar und deshalb ein hohes Gut. Unsere Gesellschaft beansprucht Flächen für Siedlung und Verkehr, Naturschutz, Energiegewinnung und industrielle Produktion. Die hierfür genutzten Flächen gehen für die landwirtschaftliche Produktion verloren. Die vielfältigen und widerstrebenden Nutzungsansprüche sollen mit einer effizienten Flächennutzung befriedigt werden.

Wenn die ländlichen Regionen attraktiv bleiben, sind auch die Herausforderungen des Ballungsraums leichter zu bewältigen. Wir wollen, dass auch und gerade die Menschen auf dem Land die Chancen der Digitalisierung ergreifen können. Deshalb soll das Glasfasernetz als Basisinfrastruktur der digitalen Zukunft in ganz Hessen ausgebaut und die WLAN-Versorgung auf dem Land verbessert werden. Mit einem „Anti-Funkloch-Programm“ soll eine flächendeckende Versorgung mit mobilem Internet sichergestellt werden. Autonom fahrende, vernetzte Fahrzeuge im ÖPNV und innovative Mobilitätsplattformen können in ländlichen Regionen zusätzliche Angebote und mehr Flexibilität ermöglichen. ÖPNV-Investitionen dürfen nicht auf den Ballungsraum beschränkt werden.

Wir wollen ländliche Regionen stärken, indem wir Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur deutlich ausbauen. Neben der Erhöhung der Mittel für die Landesstraßen auf 185 Millionen Euro jährlich wollen wir Landkreise, Städte und Gemeinden mit über 100 Millionen Euro im Jahr beim Erhalt und Ausbau ihrer Verkehrswege unterstützen.

Die Landesplanung soll so reformiert werden, dass Gemeinden die sich aus ihrer Lage ergebenden wirtschaftlichen Entwicklungspotenziale nutzen können, um zusätzliches Gewerbe ansiedeln zu können. Das landesplanerische Konzept der „zentralen Orte“ muss deshalb überarbeitet werden. Die Förderprogramme zur Dorferneuerung (z. B. IKEK) sollen nicht mehr als „Stilllegungsprämien“ konzipiert werden, bei denen finanzielle Zuwendungen mit dem Verzicht auf die Ausweisung von Wohngebieten verbunden werden.

Dorferneuerungen sollen vielmehr gezielt Entwicklungspotenziale und ländliche Vitalität stärken. Junge Menschen verlassen ländliche Regionen oft wegen der Aufnahme eines Studiums. Wir sehen in dualen Studienangeboten die Chance akademische Bildungsangebote aufs Land zu bringen und damit jungen Menschen in der Region attraktive Perspektiven aufzuzeigen. Nach dem Vorbild der Technischen Hochschule Mittelhessen, die zahlreiche Standorte in ländlich geprägten mittelgroßen Städten unterhält, wollen wir die Anzahl dualer Studienangebote hier deutlich ausbauen. Damit wird zugleich ein entscheidender Beitrag zur Sicherung des Fachkräftebedarfs von Wirtschaft und öffentlicher Verwaltung in ländlichen Regionen geleistet.

9. Resilienz

Was sind ihrer Meinung nach wichtige Punkte, die in Stadtentwicklungs- und Flächenplanungszielen berücksichtigt werden sollten, um die Anpassungsfähigkeit von Städten und Regionen an ein sich wandelndes Klima zu fördern?

Wichtig sind insbesondere die Beachtung von Frischluftschneisen und Grünflächen bei der Stadtplanung.

10. Plastikverbrauch

Welche Maßnahmen und welche Regelungen sollen nach Ihrer Auffassung auf Landesebene greifen, damit der Plastikverbrauch nicht weiter zunimmt, sondern rückläufig wird?

Wir sehen hier keinerlei Regelungskompetenz auf Landesebene.

11. Biodiversität

Mit welchen Maßnahmen und Regelungen will Ihre Partei dazu beitragen, dass der Verlust an Biodiversität, insbesondere das Insektensterben, gestoppt wird?

Wir werden die Zukunft der Artenvielfalt der heimischen Pflanzen- und Tierarten sichern. Aus diesem Grund setzen wir uns für eine Einführung einer Chancen-Risiko-Analyse bei allen vom Menschen durchgeführten Einfuhr von Neozoen und Neophyten ein, bei der der Erhalt der Biodiversität höchste Priorität besitzt. Besteht bei der Einführung einer nichtheimischen Art ein Risiko für heimische Lebensgemeinschaften, ist diese abzulehnen.

Allerdings akzeptieren wir eingeschleppte Tier- und Pflanzenarten, die heimische Arten zwar ersetzen, aber deren Nutzen für die Flora und Fauna gleichwertig oder höher zu bewerten ist. Im Zeichen des Klimawandels und des Artensterbens werden wir besondere Anstrengungen unternehmen, um Biodiversität zu erhalten und zu fördern. Wir Freie Demokraten setzen dabei auf innovative und nachhaltige Bewirtschaftungsmethoden unter Einbeziehung der Erfahrung vorangegangener Generationen, abgesicherter wissenschaftlicher Erkenntnisse und in Verbindung mit unternehmerischem Gestaltungswillen und Flexibilität. Dabei setzen wir bevorzugt auf das Steuerungsinstrument des freiwilligen Vertragsnaturschutzes und auf die Eigenverantwortung der Bürger.

Insekten sind ein wichtiger Bestandteil stabiler Ökosysteme und Grundlage für eine lebenswerte Umgebung und Bewirtschaftung. Bisherige Studien, die sich mit einem Insektenschwund befassen haben, weisen erhebliche wissenschaftliche Ungenauigkeiten auf. Dennoch gibt es Hinweise auf einen Rückgang der Insektenpopulation. Um sachgerechte Lösungen zu ermöglichen, treten die Freien Demokraten für eine gezielte und wissenschaftlich fundierte Forschung zum tatsächlichen Ausmaß und möglichen Ursachen des Insektenrückgangs ein. Die Freien Demokraten möchten zielgerichtete Maßnahmen wie eine Förderung von Blühwiesen ermöglichen.

12. Bildung

Mit welchen Maßnahmen will Ihre Partei erreichen, dass die siebzehn nachhaltigen Entwicklungsziele Eingang in die verschiedenen öffentlichen Bildungseinrichtungen Hessens finden und dort im Rahmen des Unterrichts vermittelt werden?

Über die bisherigen Maßnahmen hinaus gibt es hier keine Pläne der Freien Demokraten.

13. Förderung der regionalen Wertschöpfung

Welche Maßnahmen will Ihre Partei ergreifen, um der wachsenden Macht der „Global

Player“ des Internet-Versandhandels entgegenzuwirken und den lokalen Handel zu stützen und zu stärken, u.a. auch, um einer weiteren Verödung der Innenstädte in Hessen entgegenzuwirken?

Während Online-Shops rund um die Uhr geöffnet haben, verbieten strenge Ladenöffnungsgesetze dem örtlichen Einzelhandel zu attraktiven Zeiten zu öffnen. Unklare Regelungen im Hessischen Ladenöffnungsgesetz haben zur Absage vieler örtlicher verkaufsoffener Sonntage geführt. Wir wollen z.B. das Gesetz so ändern, dass die zulässige Zahl von vier verkaufsoffenen Sonntagen rechtssicher ausgeschöpft werden kann, und dazu den sogenannten Anlassbezug im Gesetz streichen. So haben Kunden und Händler Klarheit. Der Einzelhandel in den Innenstädten wird gestärkt

14. Fair gehandelte Produkte

Strebt Ihre Partei an, das Angebot an fair gehandelten Produkten in Hessen zu erhöhen und insbesondere, was den Eigenbedarf Ihrer Partei sowie von Behörden und öffentlichen Einrichtungen angeht, auf fair gehandelte Produkte zurückzugreifen?

Hier gibt es keine Pläne. Was die Verbraucher angeht, so entscheiden diese selbst ob sie fair gehandelte Produkte kaufen.

15. Steuerflucht

Welche landesrechtlichen Maßnahmen (z.B. Einstellung von mehr Steuerprüfern; Ankauf von CDs) verfolgt Ihre Partei, um der Steuerflucht Einhalt zu gebieten?

Die Steuerfahndung wurde unter der schwarz-gelben Regierung neu aufgestellt und mit der Justiz effektiv verknüpft und personell gestärkt. Diesen Weg, der auch unter der jetzigen Landesregierung fortgesetzt wurde, unterstützen wir. Den Ankauf von illegal erworbenen Steuer CDs lehnen wir ab, weil sich der Staat an Recht und Gesetz halten muss.

16. Verantwortung für die Welt

Welche Maßnahmen und Initiativen würden Sie fördern, um global zu mehr sozialer Gerechtigkeit, der Bekämpfung von Hunger und Armut und der Erhaltung von natürlichen Lebensgrundlagen kleiner Produzenten beizutragen, die in vielen Regionen durch das Agieren internationaler Konzerne gefährdet sind?

Wir sehen hier keine Zuständigkeit des Landes. Entwicklungspolitik ist Aufgabe des Bundes.